

In der Affäre um deutsche Beteiligung an Rabta

Amerikanischer Senator greift Bonn scharf an

John McCain: Abgestritten, was bekannt war / Scholz nimmt Kohl und Genscher in Schutz

SO4B Von Josef Joffe

München, 29. Januar - Das Verhalten der Bundesregierung und insbesondere von Außenminister Hans-Dietrich Genscher in der libyschen Giftgas-Affäre hat der amerikanische Senator John McCain scharf kritisiert. Auf der 28. Wehrkundentagung in München sagte der Republikaner, die Regierung habe „zunächst etwas abgestritten, von dem sie wußte, daß es die Wahrheit ist“. Verteidigungsminister Scholz nahm die Bundesregierung und seinen Kollegen Genscher gegen die „offenen Worte“ sofort in Schutz.

Der Senator fragte, ob es denn vorstellbar sei, daß Genscher „schockiert“ gewesen sei, als ihn die Nachricht von der Beteiligung deutscher Firmen an der libyschen Anlage in Rabta erreichte. „Ist es vorstellbar“, so McCain, „daß die amerikanischen Geheimdienstinformationen zuvor nicht nach Bonn durchgedrungen sind?“ Bei der weltweiten Verbreitung von Giftgas-Anlagen „mögen wir alle schuldig sein“, konzedierte der Senator, „aber keiner von uns hat das Recht, durch Nichtwissen“ Schuld auf sich zu nehmen.

Scholz erwiderte, er sei dabeigewesen, als der damalige Außenminister Shultz und FBI-Chef Webster den Kanzler und Genscher von dem Verdacht informierten, daß deutsche Firmen an libyschen Giftgas-Anlagen mitwirkten. Dieses Treffen fand am 15. November in Washington statt. Es sei dies „ein Schock für uns alle gewesen“, sagte Scholz.

Gezeigt wurde eine Luftaufnahme der im Bau befindlichen Anlage in Rabta. Man habe „rasch reagiert“, obwohl Justizables noch nicht vorlag. Es sei sofort vereinbart worden, die Klärung auf Expertenebene voranzutreiben und gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Der Bundesverteidigungsminister appellierte an den Senator: „Etwas Vertrauen in die verantwortlichen deutschen Politiker sollten Sie auch haben.“ In dieser Sache sei auch „Verletzendes“ aus Amerika gekommen. Scholz betonte im Namen der Regierung noch einmal, daß „gesetzliche Regelungen“ kommen werden.